

Die soziale Ungleichheit steckt im Hartz-IV-Paternalismus

von Inge Hannemann¹

Wir befinden uns derzeit in einer heftigen Corona-Krise. Ausbaden müssen dies u.a. sozial benachteiligte Gruppen wie Hartz-IV-Leistungsberechtigte oder von Armut Betroffene. Diese wurden bislang nur ganz am Rande berücksichtigt. Zwar gab es im Herbst 2020 für Eltern 300 Euro pro Kind und im Mai soll es einmalig 150 Euro für Hartz-IV-Berechtigte geben, die nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden. Während Grundsicherungsberechtigte sich mit Almosen zufriedengeben mussten, hat der Staat dazu beigetragen, dass sich die Ungleichheit in der Corona-Pandemie verschärft. Durch den Bund wurden hohe Kredite, Finanzhilfen und Bürgschaften für Konzerne wie Lufthansa, Galeria Karstadt Kaufhof oder dem Reiseanbieter TUI zügig zur Verfügung gestellt. Für einen monatlichen Pandemiezuschlag für Grundsicherungsbezieher:innen von 100 Euro hatte sich im Vorfeld über Monate ein Bündnis aus 36 Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen und die Opposition im Bundestag stark gemacht. Und trotzdem kamen nur 150 Euro Einmalzahlung heraus. Das geht natürlich an den Hartz-IV-Betroffenen nicht spurlos vorbei und entlädt sich in Teilen einer Verbal-Explosion in den sozialen Netzwerken oder in einer Implosion der Lethargie. Beides ist fatal. Im Rahmen der eigentlichen Hartz-IV-Gesetzgebung findet die Corona-Pandemie keine Berücksichtigung, wenn das derzeitige vereinfachte Antragsverfahren für Antragsteller:innen auf das Arbeitslosengeld II abgeschlossen ist. Um diese beständige soziale Ungleichheit nachzuvollziehen, sollte der Blick auf die Geschichte der Hartz-IV-Entstehung und Intention zurückgehen.

Von der Arbeitslosenhilfe zum Hartz-IV-Paternalismus

Deutschland stand 2002 am Scheideweg: Die Arbeitslosenzahlen waren zu hoch und parallel

gab es innerhalb der damaligen Bundesanstalt für Arbeit einen Vermittlungsskandal. Politisch – auch kurz vor der Bundestagswahl – musste eine Lösung gefunden werden. Und dieses am besten ohne großes Aufsehen und der Öffentlichkeit: „Speziell Hartz IV und die verbliebene Rest-Arbeitslosenversicherung und Rest-Sozialhilfe haben wir nicht in erster Linie der Hartz Kommission oder gar dem Namensgeber Peter Hartz persönlich zu verdanken, sondern, einer geheimen Staatsaktion, einer recht undemokratischen, handstreichartigen Hintergrundarbeit aus dem Bundesarbeitsministerium (BMA) und dem Bundeskanzleramt, einverständlich koordiniert und gelenkt durch die Bertelsmann Stiftung²“, wird die „Kommission“ von Helga Spindler um die „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ beschrieben. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe, in der Vertreter:innen des damaligen Bundesarbeitsministeriums (BMA), des Kanzleramtes, der Länderministerien, aus Kommunalverwaltungen, Bundesanstalt für Arbeit, –Gesamtmittel und DGB zusammentrafen. Die Bertelsmann Stiftung trat als Finanzgeberin auf. Hartz I bis IV war geboren und schnell gab es Einigkeit darüber, dass es bei der Zusammenlegung der damaligen Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe keine Alternative gäbe. Nach außen trat die Gruppe als Privatiers und als „Kommission von unabhängigen Sachverständigen“ eines Projektes der Bertelsmann Stiftung auf. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) versprach ein Reformpaket mit dem Ziel die „Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung“ zu schaffen; gleichzeitig wollte er eine grundlegende Umstrukturierung der damaligen Bundesanstalt für Arbeit und einen Umbau sowie eine Erneuerung des Sozialstaates.

Hartz IV kam nicht von heute auf morgen

Bereits das „Lambsdorff-Papier“ von 1982 propagierte u.a. einen neokonservativen Dis-

1 Inge Hannemann (53) ist Publizistin. 2015 erschien im Rowohlt Verlag „Die Hartz-4-Diktatur“. U.a. veröffentlichte sie Fachpublikationen zu Verwaltungsethik, Kinder und Jugendliche in Hartz IV, Leitfaden Arbeitslosengeld II (2021), Hartz IV und Armut. Sie ist aktiv in der Sozialberatung zu Hartz IV, Grundsicherung und Schwerbehindertenrecht.

2 Vgl. Spindler, Helga (2012): „Wer steckt hinter Hartz IV? – Die Ghostwriter der Hartz Kommission“ https://www.uni-due.de/edit/spindler/ghostwriter_spindler_2012.pdf.

kurs eines modernen Wohlfahrtsstaates und enthielt die Forderung nach drastischer Kürzung von Sozialleistungen. Hingegen konnte man erst mit dem Begriff der „Aktivierung“ in den 90er Jahren auch die Sozialisten und die Sozialdemokraten für diesen Diskurs gewinnen. Gepusht wurde die „Aktivierung“ oder in neudeutsch das „Fördern und Fordern“ nicht nur durch die Politik, sondern auch durch die Medien. Die neue (mediale) Unterschicht waren nun mit Beginn der Hartz-Reform die Erwerbslosen. Schröder sprach in seiner Regierungserklärung³ 2003 davon, die Leistungen zu kürzen, Eigenverantwortung zu fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern zu müssen. Nun ging es nicht mehr um die Sicherung des Lebensstandards, sondern um die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts. Der vorherige Nettolohn, wie noch bei der Arbeitslosenhilfe, wurde ignoriert und stattdessen durch die Regierung die vermeintliche Bedürftigkeit berechnet. Jede Tätigkeit war ab diesem Zeitpunkt zumutbar. Ein Freifahrtschein für die rasante Entwicklung des prekären Arbeitsmarktes und die daraus folgende Zunahme der Leiharbeit. Mit Beginn der Agenda 2010 im Jahr 2003 lag die Zahl der Leiharbeiter:innen bei rund 300.000. „Im Zuge der rechtlichen Änderungen im Rahmen der Hartz-Gesetze kam es zu einer weiteren Expansion der Branche. Im November 2017 hatte die Zahl der Leiharbeitnehmer mit rund 1,08 Millionen ihren vorläufigen Höchststand⁴“, heißt es bei der Bundesagentur für Arbeit in ihrem diesjährigen Jahresbericht der Zeitarbeit. Durch die derzeitige Corona-Pandemie sank die Zahl der Leiharbeitnehmer:innen im ersten Halbjahr 2020 von 826.000 auf 750.000. Eine Umfrage in 2020 durch die PricewaterhouseCoopers GmbH⁵ in der Zeitarbeitsbranche ergab, dass diese einen weiteren Rückgang

zwischen zehn und 30 Prozent erwarten, was durch die Corona-Pandemie voraussichtlich verschärft wird.

Arbeit um jeden Preis

Übersetzt hieß es 2003 in der Schröder-schen Aktivierungspolitik: „*Wer zumutbare Arbeit ablehnt – wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern, der wird mit Sanktionen rechnen müssen*“⁶. Gleichwohl ist das „Fördern und Fordern“ nicht nur eine Erfindung im Rahmen der Agenda 2010. Bereits 1992 führte Bill Clinton das Versprechen „*to end welfare as we know it*“⁷ ins Weiße Haus. Er ergänzte seinen Forderungskatalog um: „*anyone who can go to work must go to work [...] work is preferable to welfare. And it must be enforced.*“ und fand damit schnell Freunde innerhalb der europäischen Politik. Sieben Jahre später brachte es der anschließende sozialdemokratische Aufbruch im „Schröder-Blair-Papier“ zunächst ökonomisch zum Ausdruck: Was tun mit den erwerbsfähigen Erwerbslosen? Und wie bringen wir diese möglichst schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt? Parolen wie: „*Der Staat muß die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein. Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung*“⁸, waren bereits die ersten Vorläufer der heutigen Hartz-IV-Gesetzgebung des „Förderns und Forderns“ und der Forderungen innerhalb der Jobcenter jedwede Tätigkeit⁹ anzunehmen, um die Hilfebedürftigkeit zu beenden. Desgleichen das Schröder-Blair-Papier die Sozialdemokratie fast zerrissen hat und dieses Papier schnell wieder im Dunkeln verschwand, lässt sich die Analogie aus diesem Papier und deren Passus: „*Eine neue Politik mit dem Ziel, arbeitslosen Menschen Arbeitsplätze und Ausbildung anzubieten, ist eine sozialdemokratische Priorität – wir erwarten aber auch, daß jeder die ihm gebotenen Chancen annimmt*“ dem heu-

3 Schröder, Gerhard: Regierungserklärung 14. März 2003 im Bundestag

4 Vgl. Entwicklungen in der Zeitarbeit – Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt; Januar 2021 – Bundesagentur für Arbeit - https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Zeitarbeit/generische-Publikation/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf?__blob=publicationFile. Vgl. Entwicklungen in der Zeitarbeit – Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt; Januar 2021 – Bundesagentur für Arbeit - https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Zeitarbeit/generische-Publikation/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf?__blob=publicationFile.

5 Vgl. Zeitarbeitsbranche aktuell – 2020 - <https://www.pwc.de/de/industrielle-produktion/zeitarbeitsbranche-aktuell-2020.pdf>.

6 Ebd. Fußnote 2.

7 Zitat n. Caraley 2001, S. 527.

8 Schröder, Gerhard; Blair, Tony (1999): „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“.

9 SGB II §2: Grundsatz des Forderns.

tigen Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) nicht verleugnen: „Eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person muss aktiv an allen Maßnahmen zu ihrer Eingliederung in Arbeit mitwirken [...]“¹⁰.

Was ist nun am Fördern auszusetzen? So wie das „Fördern“ eine Unterstützung plakatiert, betont das Zweite Buch des Sozialgesetzbuches nicht mehr den Menschen in seiner Persönlichkeit und das Fördern, sondern verkehrt subtil die Eigenverantwortung in ein Fordern, in dem es zuallererst die Erwerbslosen in die Pflicht nimmt und mit Geldkürzungen¹¹ droht. Damit wird de facto eine Verantwortungsverschiebung vorgenommen, die das Lebensrisiko privatisiert und den Abbau des Sozialstaates fördert. Sie ist gleichbedeutend mit moralischer Schuld, welche die Erwerbslosen tragen, in dem sie überhaupt zu Erwerbslosen werden. Dies lenkt den Blick davon ab, dass Erwerbslosen die „Eigenverantwortung“ tatsächlich entzogen wird. Erwerbslose werden zu Objekten einer entmündigenden und bevormundenden Sozialpolitik gemacht, die ihnen die Grundlagen „eigenverantwortlichen“ Handelns, nämlich die Entscheidungsfreiheit entzieht. Somit ist es ein leichtes Spiel, die Erwerbslosen als Ping-Pong-Ball eines faulen Arbeitslosen hinzustellen, wenn sie das Spiel des Jobcenters nicht mitspielen. Das Ressentiment des „faulen Arbeitslosen“ hat sich so verselbständigt und verfestigt, dass man bis heute, gerade auch in der Politik, der Meinung ist, Erwerbslose müssen gelenkt und erzogen werden.

Was ist der Sinn der „Aktivierung“?

Was ist also der Sinn der „Aktivierung“ oder des „Förderns und Forderns“? Im Spannungsfeld zwischen dem Wohlergehen eines Einzelnen (z.B. soziale Kontakte im Arbeitsleben) und dem Interesse der Allgemeinheit (Leben auf Kosten anderer) sollen sich die Erwerbslosen „resozialisieren“. Und hier folge ich Ralf Dahrendorfs Deutung, wenn er vom „neuen Autoritarismus“ spricht und: „Arbeit für alle so ein verzweifelt wichtiges Thema geworden ist. Arbeit für alle ist besonders nötig als

Instrument der sozialen Kontrolle. [...] Sozialleistungen müssen gekürzt werden für alle, die nicht arbeiten, auch wenn sie ledige Mütter mit ganz kleinen Kindern sind. Sozialbetrug muss schärfstens bekämpft werden [...]“¹².

Der politische Zwang des Paternalismus und der Kontrolle, festgezurrt im Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches, findet seinen Höhepunkt im Framing des neuen SPD-Bürgergeldes zwischen sinnvollen und sinnlosen Sanktionen. Was auf den ersten Blick nach caritativer Wohltat oder Hilfe zur Selbsthilfe aussieht, erweist sich beim näheren Hinsehen, als höchst widersprüchlicher Prozess in dem den Betroffenen nicht nur Werte wie Eigenverantwortung und Würde genommen werden, sondern sie bei Nichtbefolgen sogar sozial geächtet werden. Einen Ausweg daraus kann es nur geben, wenn wir verstehen, dass die Würde eines Menschen absolut ist und nicht von einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit abhängt. Wir Menschen sind keine Maschinen, die auf Kommando tagtäglich die gleichen Leistungen bringen können oder wollen. Auch in der Coronakrise hat sich eines leider nicht geändert: Das negative Menschenbild der Hartz-IV-Gesetzesgebung. Der Wille, daran etwas zu ändern, fehlt der CDU, CSU und SPD offenbar. ■

¹⁰ Ebd.

¹¹ SGB II §§ 31/32.

¹² Dahrendorf, Ralf (1998): „Der Wiederbeginn der Geschichte“, „Arbeit und soziale Kontrolle 2000“. C.H. Beck, S. 262.